WÄHRUNGSUNION

Falsche Hoffnungen

Der Euro spaltet die deutsche Ökonomen-Zunft. Nach den Gegnern der Währungsunion melden sich nun die Befürworter zu Wort – mit schwachen Argumenten.

Wenn Männer ihre Liebe zu Männern nicht mehr verheimlichen wollen, folgt ein „Coming out“. Bekennen sich deutsche Ökonomen zur Europäischen Währungsunion, ist das ein „wissenschaftliches Coming out“.

So jedenfalls nennt das MANAGER MAGAZIN ein Manifest von 53 Ökonomen, die sich in der vergangenen Woche für die Währungsunion stark machten. „Europa braucht den Euro“, meinen die Gelehrten, die ökonomischen Vorteile einer gemeinsamen Währung seien groß.

In der Debatte um das Für und Wider der Währungsunion ist, so scheint es, eine neue Zeit angebrochen. „Fakten gegen Politik“, freut sich DIE ZEIT. „Alle jene, die dem Euro zugeneigt sind“, verspricht das MANAGER MAGAZIN, „können von nun an auf die kompetente Rückendeckung von 53 Wirtschaftsgelehrten bauen.“

Mit dem Bonner Spieltheoretiker Reinhard Selten hat sich immerhin der einzige deutsche Wirtschaftsnobelpreisträger bei den Euro-Befürwortern eingereiht. „Ich habe jahrelang Vorlesungen über Außenhandel gehalten“, sagt er. „Die Fragestellung ist mir daher nicht fremd.“ Angestoßen haben den Appell der Würzburger Ökonom Peter Bofinger, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Lutz Hoffmann, Ex-Bundesbanker Claus Köhler und der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzminister Gerold Krause-Junk.

Das Manifest ist ein verspätete Reaktion auf eine Aktion von Hochschullehrern 1992. Damals hatte die Hohenheimer Professorin Renate Ohr mit ihrem Hamburger Kollegen Wolf Schäfer 62 Ökonomen zur Unterschrift unter elf Thesen bewegt, mit denen vor dem Euro gewarnt wurde.

In den Reihen der Euro-Gegner findet sich viel akademische Prominenz wie Herbert Giersch, der Lehrbuchverfasser Artur Woll und der inzwischen verstorbene Ex-Wirtschaftsminister Karl Schiller sowie zahlreiche Experten der Geld- und Außenwirtschaftstheorie – entsprechend groß war das öffentliche Aufsehen. Daß die Kritiker mit ihren Argumenten bislang auf größere Resonanz in der Öffentlichkeit stießen, erklärt Euro-Fighter Bofinger dagegen mit einer in Deutschland „ausgeprägten Verhinderungsmentalität“.

Die will er überwinden. „Der Euro stärkt Wachstum und sichert Arbeitsplätze“, prophezeien die Pro-Professoren. Wenn die Wechselkursrisiken wegfielen, könnten die Unternehmen besser planen. In Deutschland werde wieder mehr investiert werden. Verwiesen wird auf die „übertriebene Mark-Aufwertung“ zwischen 1991 und 1995, die „unzählige Arbeitsplätze“ gekostet habe.

Die Wechselkurse zwischen den Kernländern der EU, dem sogenannten DM-Block, sind jedoch bereits seit Jahren fast stabil (siehe Grafik), da bringt der Euro wenig. Und die beiden Länder, deren Währungen stärker schwankten, werden voraussichtlich nicht dabeisein. „Wenn Italien und Großbritannien nicht mitmachen“, sagt der Würzburger Wirtschaftswissenschaftler Ekkehard Wenger, „ist das Argument vollkommen tot.“

Gegen die These von der schädlichen Aufwertung spricht auch die Erfahrung aus den achtziger Jahren. Zwischen 1985 und 1989 verteuerte sich die Mark real um vier Prozent, doch der Export boomte. Der Überschuß im deutschen Außenhandel wuchs um 85 Prozent. Parallel dazu stieg die Zahl der Erwerbstätigen um fast 1,2 Millionen – „ein paradoxes Ergebnis, sofern man nur auf die Wechselkurse zur Erklärung der Außenhandelströme abstellen würde“, so die Volkswirte der BHF-Bank.

* Mit Schwedens König Carl Gustaf bei der Verleihung des Nobelpreises im Dezember 1994.

ACTION PRESS

(u.) J. H. DARCHINGER; (o.) K. ANDREWS

Euro-Befürworter Selten*, Euro-Gegner Neumann: *Von Gurus nicht beeindrucken lassen*

Auch die Deutsche Bundesbank kommt in einer Untersuchung zu dem Schluß, „daß sich der Einfluß der Wechselkurse auf die Handelsbilanz ‚mit dem bloßen Auge' kaum erkennen läßt". Viel wichtiger seien das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung des Welthandels.

Bundesbank-Chefvolkswirt Otmar Issing hält es für ausgeschlossen, daß der Euro die Arbeitslosigkeit in Deutschland wesentlich vermindert. Wer das verspreche, wecke falsche Hoffnungen.

Erklärte Euro-Gegner prophezeien sogar eine Verschlechterung. Der Frankfurter Ökonom Wilhelm Hankel rechnet damit, daß die Europäische Zentralbank zur Stützung des neuen Geldes eine Hochzinspolitik betreiben müßte und damit den Kontinent in eine Rezession stürzen würde.

Deutsche Unternehmen würden kurzfristig noch mehr als bisher im Ausland investieren, wenn das Wechselkursrisiko wegfalle, sagt Wenger voraus. Mit dem Euro werde sich der Standortwettbewerb verschärfen, bislang geschützte Jobs im Inland gerieten dadurch in Gefahr.

Wenig überzeugend ist auch das zweite Argument für den Euro. Durch das gemeinsame Geld, meinen die Professoren, ließen sich gewaltige Kosten sparen, die bislang beim Umtausch von Währungen und für Versicherung gegen Wechselkursschwankungen anfielen.

Ignoriert werden dabei nicht nur die immensen Aufwendungen, die für die Währungsumstellung nötig sind. Der deutsche Einzelhandel etwa rechnet mit einer Belastung von 30 Milliarden Mark. Auch die Geldschöpfungsgewinne durch den bislang hohen Mark-Umlauf in Osteuropa, auf die Deutschland künftig verzichten müßte, blenden die Experten aus.

Überzogen sind die Schätzungen über mögliche Einspareffekte. Die Befürworter beziehen sich auf eine Studie des Münchner Ifo-Instituts. Danach summieren sich die sogenannten Transaktionskosten auf ein Prozent der EU-Wirtschaftsleistung – eine aberwitzig übertriebene Schätzung.

Im Falle Deutschlands beläuft sich der Außenhandel mit EU-Ländern auf rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Träfe die Ifo-Zahl zu, amüsiert sich Ökonom Wenger, so könnte das beispielsweise heißen, daß sich 400 000 Deutsche mit nichts anderem beschäftigten als mit Geldumtausch und Wechselkurssicherung.

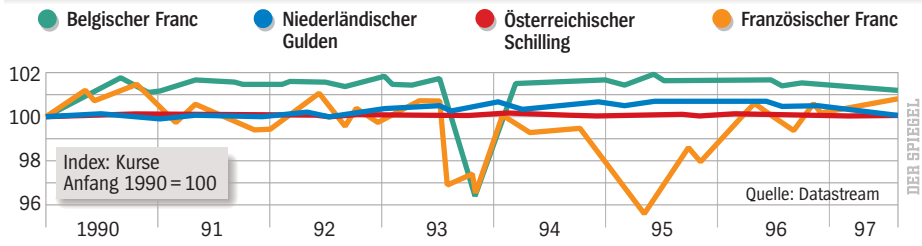
„Vieles ist an den Haaren herbeigezogen", kommentiert Ökonomin Renate Ohr das Manifest. „Ziemlich flau", urteilt auch der Bonner Geldexperte Manfred J. M. Neumann, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium und streitbarer Euro-Gegner.

Manche der Gelehrten scheinen gar nicht gelesen zu haben, was sie da unterschrieben. Im Manifest behaupten die Ökonomen: „Unzutreffend ist, daß die Europäische wie die deutsch-deutsche Währungsunion von 1990 zu hohen Transfers in schwächere Regionen führen muß."

Einer der Unterzeichner, der Münsteraner Geldtheoretiker Manfred Borchert, hat bisher exakt die gegenteilige Meinung vertreten. Der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG erklärte er im März: „Ich halte es für durchaus wahrscheinlich, daß die Finanzhilfen der Bundesrepublik für andere Mitglieder der Währungsunion ein Ausmaß erreichen werden, das dem Transfervolumen von West- nach Ostdeutschland entspricht."

Durch das Manifest mag das „schrumpfende Häuflein deutscher Ökonomen, die noch tapfer die Fahne der Europäischen Währungsunion hochhalten" (DIE ZEIT), größer geworden sein. International bleiben sie weiterhin Außenseiter. Die Mehrheit der US-Ökonomen hält den Euro für ein Vorhaben bar jeder ökonomischen Vernunft. Die Nobelpreisträger Milton Friedman und Merton Miller urteilen übereinstimmend, daß die Nachteile die Vorteile eindeutig überwögen. Die Löhne seien zu unbeweglich, die Beschäftigten zu immobil und der Finanzausgleich zu gering, als daß Europa auf flexible Wechselkurse verzichten könne.

Für Paul Krugman, Professor am renommierten Massachusetts Institute of Technology und ein Star der Zunft, ist die ganze Währungsunion „ein erstaunlich verrückter Prozeß, den man nur politisch, aber nicht ökonomisch verstehen kann".

Den Bundeskanzler fechten solche Einwände aus dem In- und Ausland ohnehin nicht an. Die Öffentlichkeit, so empfiehlt Helmut Kohl, solle sich nicht „von Gurus beeindrucken lassen, die nie irgend etwas Genaues wissen und deshalb auch hoch bezahlt werden". ◆

Langfristig stabil Europäische Wechselkurse gegenüber der Mark